

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(73. - öffentliche - Sitzung am 26. November 2015)

**Beratungsthemen:**

1. **22. Bericht über die Tätigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen**  
Unterrichtung - [Drs. 17/4650](#)

*Der Ausschuss nahm den Tätigkeitsbericht im Zuge einer Unterrichtung durch die Landesbeauftragte entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016 - HG 2016 -)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4093](#)
- b) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2015 - 2019**  
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/4163](#)

*Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den **Einzelplan 17** - Landesbeauftragte für den Datenschutz. Er verzichtete unter Hinweis auf die Ausführungen im Rahmen der Unterrichtung über den Tätigkeitsbericht, die schriftlichen Darlegungen und die Aussprache im federführenden Ausschuss auf die Einbringung und führte die **Allgemeine Aussprache** durch. Auch auf eine Einzelberatung verzichtete der Ausschuss. Ferner befasste er sich mit der **Mittelfristigen Planung 2015 - 2019**. Damit schloss der Ausschuss die Haushaltsberatungen zum Einzelplan 17 ab.*

3. **Die Landesregierung muss alle Forderungen der Kommunen zur Vereinfachung von Abschiebungen erfüllen!**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4362](#)

*Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu der Frage, wie derzeit Abschiebungen vorgenommen werden und wie sie nach Ansicht der Landesregierung künftig durchgeführt werden sollen, unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Anschließend schloss er die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, den Antrag abzulehnen. Die Landesregierung sagte zu, dem Ausschuss eine aktuelle Übersicht zu den Abschiebungen sowie eine Zusammenstellung der derzeit gültigen Erlasslage zu übermitteln.*

4. a) **Die Sorgen der Kommunen ernster nehmen - Kostendeckung für qualifizierte Asylbetreuungsleistungen sicherstellen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1972](#)
- b) **Mehr Informationen an die Kommunen - Flüchtlingen und Kommunen gleichermaßen helfen**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2898](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die Anträge abzulehnen. Die Empfehlung zum Antrag der Fraktion der FDP erfolgte vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen.*

**5. Handeln statt Reden - 10-Punkte-Sofortprogramm für eine tragfähige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4139](#)

*Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf. Er bat die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT um eine Stellungnahme. Ferner bat er gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT den Kultusausschuss zu Nr. 1 und den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu Nrn. 3 und 8 des Antrags um Stellungnahmen. Im Sinne einer zügigen Fortsetzung der Beratung bat der Ausschuss darum, die Stellungnahmen zeitnah bereitzustellen.*

**6. Die Flüchtlingssituation bewältigen - Integration sicherstellen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4141](#)

*Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf. Er bat die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT um eine Stellungnahme. Im Sinne einer zügigen Fortsetzung der Beratung bat der Ausschuss darum, die Stellungnahme zeitnah bereitzustellen.*

**7. Die Landesregierung muss regelmäßig und transparent aktuelle Zahlen zur Flüchtlingskrise zur Verfügung stellen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4516](#)

*Der Ausschuss führte die Beratung des Antrags durch. In diesem Zuge sagte die Landesregierung zu, dem Ausschuss regelmäßig die Lagemeldungen der Zentralstelle für Flüchtlingsunterbringung des MI zuzuleiten. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.*

**8. Menschen in Not helfen, Zuwanderung ordnen und steuern, Integration sichern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4517](#)

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4594](#)

*Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf. Er bat die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT um eine Stellungnahme. Im Sinne einer zügigen Fortsetzung der Beratung bat der Ausschuss darum, die Stellungnahme zeitnah bereitzustellen.*

**9. Keine Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten in die Kommunen - auch nicht über den Weg der Amtshilfe!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4518](#)

*Der Ausschuss führte die Beratung des Antrags durch. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.*

**10. Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren - Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes in den Bundesrat einbringen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4521](#)

*Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf. Er bat die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT und den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT um Stellungnahmen zu den sie betreffenden Aspekten und fasste ins Auge, diese Bitte um näher gefasste Fragestellungen zu ergänzen. Er bat beide Gremien, die Stellungnahmen so rechtzeitig vorzulegen, dass der Antrag im Februar-Plenum 2016 abschließend beraten werden kann. Ferner sah der Ausschuss vor, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Er kam überein, die Verfahrensvorschläge in der Sitzung am 3. Dezember 2015 zu ergänzen.*